Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung“ gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 415. Halle, Freitag, den 5. September. 1919.

Die deutsche Antwort an Clemenceau.

Zurückweisung der gewalttätigen Drohung mit Ausdehnung der Besetzung. — Was geht in Aegypten vor?

WTB. **Berlin**, 4. Sept. (Drahtnachricht.) Die deutsche Regierung hat ihren Vertreter in Versailles beauftragt, dem Ministerpräsidenten Clemenceau auf die Note über die Verfassungsbestimmungen hinsichtlich Deutsch-Oesterreichs die nachstehende Antwort zu übergeben:

Die alliierten und assoziierten Regierungen sehen nach ihrer Note vom 2. d. M. die Vorschriften des Art. 61 Abs. 2 der deutschen Reichsverfassung über das Recht der Teilnahme Deutsch-Oesterreichs am Reichsrat als eine Verletzung der Bestimmungen des Art. 80 des Friedensvertrages an und fordern deshalb von der deutschen Regierung, daß sie innerhalb einer Frist von 14 Tagen die gehörigen Maßnahmen trifft, um diese Verletzung durch Kraftloserklärung des Art. 61 Abs. 2 zu beseitigen. Die deutsche Regierung erklärt hierzu folgendes:

Die deutsche Friedensdelegation in Versailles hat in ihren den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen am 29. Mai d. J. überreichten Bemerkungen zu den Friedensbedingungen bei der Erörterung des Art. 80 der Bedingungen darauf hingewiesen, daß Deutschland nie die Absicht gehabt habe noch haben werde, die deutsch-österreichischen Grenzen gewaltsam zu verschieben, daß es aber nicht die Verpflichtung übernehmen könne, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersetzen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. hierauf erwidert, daß sie von dem deutschen Verzicht auf eine gewaltsame Verschiebung der Grenzen Kenntnis nehmen. Deutscherseits ist hiernach angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Art. 80 der Friedensbedingungen, der in seinem Schlußsatz ausdrücklich auf die Möglichkeit einer mit Zustimmung des Völkerbundes erfolgenden Aenderung der staatlichen Selbständigkeit Oesterreichs hinweist, nicht widerspricht, wenn diese Möglichkeit durch eine friedliche dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entsprechende Annäherung zwischen den beiden Ländern vorbereitet würde. Aus diesem Grunde ist in die deutsche Reichsverfassung die Vorschrift des Art. 61 Abs. 2 aufgenommen worden. Sie regelt in ihrem ersten Absatz das Stimmrecht der Deutsch-Oesterreicher im deutschen Reichsrat für den Fall, daß der Anschluß des Landes an das Deutsche Reich erfolgt, ohne damit den Tatsachen, von denen ein solcher Anschluß abhängt, in irgend einer Weise vorzugreifen. In dem zweiten Absatz der Vorschrift wird den Vertretern Deutsch-Oesterreichs bis zum Zeitpunkt des Anschlusses eine beratende Stimme im Reichsrat zugestanden. Auch hierdurch sollte weder die Selbständigkeit Deutsch-Oesterreichs noch die von Deutschland im Friedensvertrage anerkannte Voraussetzung einer Abänderung dieser Selbständigkeit berührt werden, denn die Vorschriften stellen die Ausübung des Reiches zur Teilnahme an den Sitzungen in das freie Ermessen Deutsch-Oesterreichs und binden das Land weder in staatsrechtlicher noch in völkerrechtlicher Beziehung.

Trotz dieses Sachverhalts halten die alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung deutschösterreichischer Vertreter zum Reichsrat für unvereinbar mit der im Art 80 des Friedensvertrages gewährleisteten Unabhängigkeit des Landes, weil diese Zulassung das Land den das Deutsche Reich bildenden Ländern gleichstellt, weil es ein politisches Band zwischen Deutschland und Oesterreich schaffe und weil sie eine gemeinsame politische Betätigung der beiden Länder zur Folge habe. Diese Auffassung der alliierten und assoziierten Regierung läßt eine Auslegung des Art. 80 des Friedensvertrages erkennen, die von der deutscherseits bisher vertretenen Auslegung abweicht. Deutschland sieht sich gegenüber der Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 2. September **nicht in der Lage, seinen bisherigen Standpunkt in dieser Frage aufrecht zu erhalten. Dadurch wird jedoch eine Aenderung des Wortlautes der deutschen Reichsverfassung nicht erforderlich.**

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Note bereits auf den Art. 178 der Verfassung hingewiesen, der schlechthin vorschreibt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Verfassung nicht berührt werden. Dieser Artikel verdankt seine Aufnahme dem Bestreben, jeden etwa hervortretenden Widerspruch zwischen den Vorschriften der Verfassung und den in ihrer Tragweite vielfach zweifelhaften Bestimmungen des Friedensvertrages unter allen Umständen auszuschließen. Der Vorbehalt des Art. 178 erstreckt seine Wirkung auf alle Vorschriften der Verfassung, mithin auch auf die erwähnte Vorschrift des Art. 61 Abs. 2. Wenn daher die Vorschrift des Art. 61 Abs. 2 für sich genommen mit einer Bestimmung des Friedensvertrages im Widerspruch steht, so ergibt sich daraus ohne weiteres, daß diese Vorschrift insoweit der Wirksamkeit entbehrt. Die deutsche Regierung erklärt demnach, daß die Vorschrift des Art. 61 Abs. 2 der Verfassung so lange kraftlos bleibt, daß insbesondere eine Zulassung von Vertretern Deutschösterreichs zum Reichsrat so lange nicht erfolgen kann, als nicht der Rat des Völkerbundes gemäß Art. 80 des Friedensvertrages einer Abänderung der staatsrechtlichen Verhältnisse Deutschösterreichs zustimmt.

Obwohl die Angelegenheit mit der vorstehenden Erklärung dem Wunsche der alliierten und assoziierten Regierungen entsprechend erledigt wird, sieht sich die deutsche Regierung doch noch zu folgenden grundsätzlichen Bemerkungen veranlaßt:

Die deutsche Regierung hat nach ihrer Ansicht keinen Anlaß dazu gegeben, das Verlangen nach Aufklärung vermeintlicher Widersprüche der deutschen Verfassung mit dem Friedensvertrage

in einer derart schroffen Form zu stellen, wie dies in der Note der alliierten und assoziierten Regierungen geschehen ist.

Wenn diese Regierungen für den Fall einer Ablehnung ihrer Forderung mit einer Ausdehnung der Besetzung drohen und sich hierfür auf den Art. 429 des Friedensvertrages berufen, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Friedensvertrag — ganz abgesehen davon, daß die alliierten und assoziierten Regierungen

ihn bisher nicht ratifiziert haben und daher ihre Ansprüche vom Rechtsstandpunkt aus überhaupt nicht darauf gründen können —

für eine solche Maßnahme keine Stütze bietet. Der Art. 429 sieht zwar unter gewissen Umständen eine längere Dauer, aber

keine örtliche Ausdehnung der Besetzung

vor. Die deutsche Regierung kann daher in der Androhung einer derartigen Maßnahme nur

einen tiefbedauerlichen Gewaltakt sehen.

Landkrankenkassen, Ersatzkassen, Kassenangestellte.

Von

Gustav Schneider-Sachsen,
Mitglied der Nationalversammlung.

Die Verordnungen des Rates der Volksbeauftragten vom 3. und 5. Februar 1919 haben die beteiligten Kreise in hohem Grade beunruhigt. Vor allem haben die Kassenangestellten und die Ersatzkassen sich gegen die Verordnungen gewendet, so daß der Ausschuß für Sozialpolitik sich mit rund 700 Petitionen zu befassen hatte. In eingehenden Beratungen kam er in seiner Mehrheit zu dem Beschluß, die zu weitgehenden Bestimmungen der Verordnungen auf das sachlich erforderliche Maß zurückzuführen. Das war um so notwendiger, als in den Verordnungen die sachlich weit wichtigere Frage der Landkrankenkassen nicht geregelt wurde. Es lag aber auf der Hand, daß gerade diese Regelung allen anderen vorangehen mußte, weil die Ueberführung gewerblicher und industrieller Arbeiter aufs Land empfindlich erschwert werden mußte, wenn die Uebersiedlung mit einem Verluste sozialer Rechte verbunden war. Dieser Einsicht verschloß sich die Reichsregierung nicht, und es kam eine Vereinbarung zustande, nach der die strittigen Punkte der beiden Verordnungen in einem zur schleunigen Beschlußfassung vorzulegenden Gesetze über die Landkrankenkassen mit geregelt werden sollten. Die Vorlegung des Gesetzes hatte sich infolge der politischen Ereignisse verzögert und die Beschlußfassung konnte daher erst am 23. Juni in der Nationalversammlung erfolgen. Vorher schon hatte der sozialpolitische Ausschuß den Gesetzentwurf durchberaten, dem Entwurf über die Landkrankenkassen einmütig zugestimmt, bezüglich der Ersatzkassen und der Kassenangestellten aber wichtige Aenderungen vorgenommen, denen die Nationalversammlung — mit Ausnahme der Sozialdemokraten — zustimmte.

Die Mitglieder der Landkrankenkassen werden nach den neuen Bestimmungen die gleichen Rechte in bezug auf die Wahl der Vorstands- und Ausschußmitglieder haben, wie die Mitglieder der Ortskrankenkassen, mit einem Worte: sie erhalten das Selbstverwaltungsrecht. Damit wird die Gleichstellung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeiter endlich erreicht, für die der Liberalismus immer eingetreten ist.

Entgegen dem vom sozialpolitischen Ausschuß gefaßten Beschlusse, den Ersatzkassen den vollen Arbeitgeberanteil für alle versicherungspflichtigen Ersatzkassenmitglieder unmittelbar zuzuführen, sah der Gesetzentwurf diese Abführung nur für die bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen Mitglieder vor. Damit wäre aber den Ersatzkassen die Erfüllung ihrer — gerade jetzt besonders schweren Aufgaben unmöglich gemacht worden. Es handelt sich bei den Ersatzkassen um recht ansehnliche Leistungen, die durch solche einschränkenden Bestimmungen gefährdet werden. So hat z. B. die Krankenkasse des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig im Jahre 1917 rund 557 000 Mk. allein an Krankengeld, für Arznei und Heilmittel rund 119 000 Mk. und für Arzthonorar rund 189 000 Mk. aufgewendet. — Der Antrag des Ausschusses auf Streichung der einschränkenden Bestimmungen wurde angenommen und so den Ersatzkassen wieder die Möglichkeit freier Entfaltung gegeben. Zugleich aber entlastet die neue Regelung die Ortskrankenkassen von der Verpflichtung, den Arbitgeberbeitrag für die Ersatzkassen einzuziehen. Mit Recht haben sich die Ortskrankenkassen gegen diese unglückliche Bestimmung der R. V. O. gewehrt. Nun sie beseitigt ist, darf man hoffen, daß die Zusammenarbeit zwischen Orts- und Ersatzkassen sich in friedlicheren Formen vollziehen wird. Beide Kassenarten werden unter den Folgen des Krieges schwer zu leiden haben und werden ihre ganze Aufmerksamkeit und Kraft der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten zuwenden müssen.

Große Beunruhigung hatte unter den Kassenangestellten die Verordnung vom 5. Februar hervorgerufen, weil in ihr den Angestellten die Beamteneigenschaft — soweit sie ihnen zuerkannt war — wieder genommen wurde, und weil sie sich durch die Unterstellung unter Vorstandsbeschlüsse bei Anstellung und Entlassung in ihren Aufstiegsmöglichkeiten bedroht sahen. Der Gesetzentwurf sah nur die Erhaltung der Beamteneigenschaft vor. Angestellte von Krankenkassen sollen in ihre alten Rechte und Pflichten wieder eintreten, wenn sie nach § 359 R. V. O. bis zum 12. Februar 1919 Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten hatten. Sie müssen ihren Willen hierzu dem Reichsversicherungsamte erklären und diese Erklärung binnen sechs Wochen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes beim Vorsitzenden des Kassenvorstandes einreichen. Darüber hinaus sollen Kassenangestellte, die aus Staat oder Gemeindedienst in die Krankenkassen eingetreten sind, denen vereinbarungsgemäß nach bestimmter Zeit die Beamteneigenschaft nach § 359 erteilt worden wäre, in die Rechte und Pflichten eines Staats- oder Gemeindebeamten eintreten, wenn sie es binnen sechs Wochen beim Reichsversicherungsamte beantragen. — Mit diesen Zugeständnissen waren die Kassenangestellten nicht befriedigt; in erneuten Eingaben forderten sie die Beibehaltung der §§ 349—359 der

Aegyptische Unabhängigkeitsbewegung.

WTB. Versailles, 4. Sept. Nach einem Londoner Telegramm des „Temps“ meldet „Daily Mail“ aus Kairo, daß der Führer der nationalistischen ägyptischen Delegation in Paris, Zaglul Pascha, nach Kairo telegraphiert habe, der amerikanische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten habe Aegypten für unabhängig erklärt. Diese Nachricht habe eine große Bewegung hervorgerufen. Am Sonntag hätten in Kairo und Alexandrien wiederholt Kundgebungen stattgefunden. Auch der Berichterstatter des „Daily Expreß“ meldet, daß die ägyptische Presse im Tone anmaßender geworden sei, und daß die Lage aufs neue beunruhigend sei. Englische Soldaten hätten Befehl erhalten, nur bewaffnet auszugehen.

Ein Attentat auf den Premierminister von Aegypten.

WTB. London, 4. Sept. (Drahtnachricht.) Reuter. „Daily Telegraph“ zufolge ist in London die Nachricht eingetroffen, daß ein Attentat auf den Premierminister von Aegypten unternommen wurde. Es wurden Bomben auf ihn geworfen. Er blieb unverletzt.

Exkronprinz Rupprecht an Bayerns Regierung.

Eine aufgehobene Verlobung.

WTB. **Berlin**, 4. September. Wie dem „Lok.-Anz.“ aus München gemeldet wird, hat Kronprinz Rupprecht von Bayern, der im Begriff steht, auf kurze Zeit in die Heimat zurückzukehren, an den Landtagspräsidenten Franz Schmitt ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, er habe das Gastrecht eines befreundeten Staates nur zu dem Zwecke in Anspruch genommen, um damit seine Zurückhaltung von jeder Einmischung in die staatliche Entwickelung Bayerns und die Einordnung in den Willen der Heimat zu zeigen. Das Einfügen in die Bedürfnisse der Heimat sei für die Deutschen jeden Stammes das Gebot der Stunde.

Demselben Blatte zufolge hat der Kronprinz am 29. August seine Verlobung mit der Prinzessin Antonie von Luxemburg gelöst.

Neue Streikhetze in Oberschlesien.

Kattowitz, 4. September. (Eig. Drahtnachricht.) Die Streikhetzer sind in Oberschlesien wieder bemüht, die Arbeitseinstellung auf den Gruben zu erreichen. Nach einer bisher unbestätigten Meldung haben einige Arbeiter auch den Verhetzungen nachgegeben und die Arbeit niedergelegt. Sie fordern die unbehinderte Rückkehr der nach Polen geflüchteten Insurgenten. Auf verschiedenen Arbeitsstätten haben aber die Arbeiter gegen die Streikhetzer Front gemacht und sie tüchtig verprügelt.

Neuer Generalstreik in Stettin?

Berlin, 4. September. (Eigene Drahtnachricht.) Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind an zahlreichen Stellen Nachrichten aus Stettin eingelaufen, die einen neuen Generalstreik der Stettiner Arbeiterschaft ankündigen. Die Stettiner Arbeiterschaft soll die Absicht haben, wegen neuen Lohnforderungen in den Generalstreik zu treten, doch liegen bestimmte Anzeichen dafür vor, daß die Gründe zum neuen Generalstreik der Stettiner Arbeiterschaft politisch-kommunistischer Natur sind.

Fristverlängerung für Oesterreich.

WTB. Paris, 4. Septbr. (Drahtnachricht.) Reuter. Die österreichische Delegation hat um eine zweitägige Fristverlängerung für die Beantwortung der Friedensbedingungen ersucht. Der Ausschuß wird wahrscheinlich zugestanden werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190905011/fragment/page=0001
DFG

R. V. O. Diesen Wünschen konnte der Ausschuß nicht entsprechen. Die getrennte Abstimmung der Arbeitgeber und Arbeitnehmervorstandsmitglieder bei der Wahl des Kassenvorsitzenden und der Anstellung von Angestellten stand in Widerspruch mit dem demokratischen Aufbau unseres Gemeinschaftslebens, sie mußte beseitigt werden. Die Regierung hatte zudem zugesagt, daß die Sicherheit des Dienstverhältnisses noch mehr gefestigt werden solle, indem schon nach fünfjähriger Dienstzeit unkündbare Anstellung erfolgen solle, statt, wie jetzt, nach 10 Jahren. Von den Kassenangestellten wurde eingewendet, daß weniger die Sicherheit des Dienstverhältnisses, sondern die Aufstiegsmöglichkeiten im Dienstverhältnis ihre Hauptsorge sei. Es würden ihnen Angestellte zum Anlernen und Ausbilden zugewiesen, die ihnen nach kurzer Ausbildung als Vorgesetzte übergeordnet würden und ihnen so die besser bezahlten Stellen fortnähmen. Da diese Klagen allgemein erhoben wurden, glaubte die Mehrheit des Ausschusses sie nicht unbeachtet lassen zu dürfen und fügte daher dem Gesetzentwurfe folgende Paragraphen ein:

§ 5a.

„Der § 349 der Reichsversicherungsordnung erhält folgenden Wortlaut:

Bei den Krankenkassen werden die aus Mitteln der Kassen bezahlten Stellen der Beamten und derjenigen Angestellten, für welche die Dienstordnung (§ 351) gilt, mit zwei Drittel Mehrheit durch den Vorstand berufen.

§ 5b.

Der § 350 der Reichsversicherungsordnung erhält folgenden Wortlaut:

Kommt kein Anstellungsbeschluß zustande, so bestellt das Versicherungsamt auf Kosten der Kasse widerruflich die für die Geschäfte der Stelle erforderlichen Personen."

Damit ist den berechtigten Wünschen der Angestellten ausreichend Rechnung getragen worden, denn sie haben nunmehr die Sicherheit, daß die Einstellung von Angestellten nur aus sachlichen Gründen erfolgen kann. Einen politischen Charakter — wie der sozialdemokratische Redner behauptete — hat dieser Beschluß nicht. Er will nur die berechtigten Klagen der Arbeitnehmer berücksichtigen und ihnen das für die freudige Mitarbeit im Kassenwesen notwendige Vertrauen erhalten.

Wie in der Krankenversicherung sind die landwirtschaftlichen Arbeiter auch in der Unfallversicherung gegenüber den gewerblichen Arbeitern benachteiligt. Nachdem die Zurücksetzung in der Krankenversicherung durch die Annahme des Gesetzes — das bereits am 29. Juni in Kraft trat — beseitigt ist, versteht es sich von selbst, daß die Gleichstellung auch in der Unfallversicherung erfolgen muß. Die Nationalversammlung stimmte daher einmütig einer Entschließung Gilsing, Schneider-Sachsen, Behrens zu, die Reichsregierung zu ersuchen, der Nationalversammlung mit größter Beschleunigung einen Gesetzentwurf mit folgendem Inhalt vorzulegen: „Die Reichsversicherungsordnung wird dahin abgeändert, daß die in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung versicherten land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen durch Aufhebung der Bestimmung, nach welcher der vom Oberversicherungsamt festgesetzte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst (§ 936 der Reichsversicherungsordnung) als Grundlage für die Berechnung der Rente dient, den Facharbeitern und den in der gewerblichen Unfallversicherung versicherten Arbeitern gleichgestellt werden."

Ehrlose Verleumderarbeit.

Das berufsmäßige Organ für Volksverhetzung, das „Volksblatt", hat sich beeilt mit der Beweisführung für das, was wir gestern an dieser Stelle ausführten. In einem fast einspaltigen Artikel unter der ebenso geistreichen wie sachlichen Ueberschrift „Held Helms" zieht es alle Register seines überreichen persönlichen Schimpflexikons auf und beweist damit erneut, daß es auch den bescheidensten Rest einer Befähigung für eine sachliche Auseinandersetzung verloren hat. Beschimpfungen, Verdächtigungen, dunkle und unklare Andeutungen, hinter denen gar nichts, aber auch viel stecken kann, jagen einander. Nur keine faßbaren Dinge sagen — das scheut derartige Verleumdertaktik. Deshalb könnte man den langen Erguß des „Volksblatts" mit diesen kurzen Feststellungen erledigt sein lassen.

Nur damit die Hetzschriber des unabhängigen Organs ihre gewissenlosen Lügen und Verleumdungen, die durch ständige Wiederholungen keine Wahrheiten werden, nicht etwa selbst glauben, sei abermals folgendes festgestellt:

Bedarf es eines besonderen Beweises dafür, daß das unverantwortlich wüste Treiben und Hetzen des „Volksblattes" die Stimmung hat groß ziehen helfen, die zu dem schrecklichen Blutvergießen in den ersten Märztagen d. J. führte? Sollen wir, um ein Beispiel herauszugreifen, an die ungezählten „Bluthunde" erinnern, die die Spalten des Hetzorgans füllten? Und sollte es wirklich einen ernsthaften und anständigen Menschen geben, der der Meinung ist, daß derartige, mit niedrigsten Mitteln getriebene Volksverhetzung ohne Folgen in aufgeregten Stunden bleiben könnte? Wer den Tatsachen nicht Gewalt antun will, wird bestätigen, daß die Verfasser jener in den Wintermonaten im „Volksblatt" erschienenen gewissenlosen Hetzartikel mit zu den intellektuellen Urhebern des in der Geschichte Halles unerhörten Blutvergießens gehören. Nur freche Stirn kann das zu bestreiten wagen. Daß die Regierungstruppen irgendwelche Schuld an dem Blutvergießen tragen, kann nur niedrigste Verworfenheit behaupten.

„Boshafte Schadenfreude" soll bei uns bestehen über die „Qualen", die der Herr Genosse Kilian ausstand und aussteht! Wir sagten schon: Die halbjährige Untersuchungshaft erscheint uns zu hart, wenn dem Manne, der sich als unumschränkter despotischer König Halles aufspielte, nichts nachgewiesen werden könnte als sein Größenwahnsinn, der ihn ausrufen ließ: „Ich bin die vollziehende Gewalt!" Das ist alles andere als „boshafte Schadenfreude". Und die „Qualen" bei guter Verpflegung in „Stadt Hamburg", die den Gequälten zu Besuchern mehrfach betonen ließ: „Oh, mir geht es gut?" Hätten sich die „Inschutzhaftierten" der Pöbelherrschaft, denen man die private Verpflegung oftmals verweigerte, und deren Telegramme und Briefe von der berüchtigten „Rechtskommission" einfach unterschlagen wurden, doch gleicher Behandlung zu erfreuen gehabt!

Zweifelhafte Existenzen? Wen meint das Verleumderblatt damit? Etwa denjenigen, der die Worte „Volksbefreiung" und „Volksrecht" nicht oft genug im Munde führen kann, der aber als kleiner Ortskommandant in Rumänien als leibhaftiger Pascha die Hundepeitsche über rumänische Bauern und jüdische Händler zu schwingen und Kontributionen einzutreiben wußte? Wir zitieren hierzu den folgenden echt unabhängig geschmackvollen „Volksblatt"-Satz: „Zu gegebener Zeit werden wir ihm unser Beweismaterial schon derart um die Ohren schlagen, daß ihm und seinen Freunden . . . nicht wohl sein wird."

Wie sehr sich bei diesen gewissenlosen Volksverhetzern alle Rechtsbegriffe verdreht haben, zeigt die erneute Bezugnahme auf die „Erstürmung" der „Saale-Ztg.", auf die dort ausgeübte Terror- und Vandalenwirtschaft. Viele Tausende von Flugblättern wurden vernichtet, so daß die Feuerwehr herangeholt werden mußte. Staat sich zu empören über jene Verbrecher, die solche „revolutionären" Taten in der Uniform von Matrosen und Sicherheitsmannschaften vollbrachten, verleumdet das die Verbrecher begönnernde „Volksblatt" jenen, der nichts im Auge hatte als unter allen Umständen Hilfe herbeizuholen. Kann die Revolutionsmoral noch tiefer sinken?

Und noch eines: Wie der „gerechte Kampf" (!) und die „ehrlichen Mittel" des „Volksblattes" (seit wann sind persönliche Besudelung und Verleumdung ehrliche Mittel? Etwa seit dem 9. November?) aussehen, dafür noch ein letztes Beispiel. Das Revolverblatt schreibt u. a.: „Herr Helms mag nur hübsch stille sein. Wir sind über das intime Verhältnis zwischen ihm und Ehren-Hartung genau unterrichtet." Es spricht von „Freunden in der Dreyhauptstraße", eine Freundschaft, die wir nicht kennen, die aber nicht unehrenhaft wäre, was man von einer Freundschaft mit notorischen Volksverhetzern nicht gerade sagen kann, und von einem Beweismaterial. Heraus damit! Jeder Eingeweihte weiß, daß das Gegenteil eines „intimen Verhältnisses" mit jenem ehrlosen Menschen bestand. Das „Volksblatt" behauptet das Gegenteil, verleumdet also auch hier und schenkt sich den Beweis. Der erneut von dem Hetzblatte pöbelhaft Angegriffene hat nie intime Beziehungen zu Hartung gehabt, dem er seinerzeit vielmehr Vorwürfe über sein Auftreten in der „Saal-Zeitung" machte und in dessen Prozeß er jetzt einer der ersten Belastungszeugen ist. So sieht die Wahrheit aus! Was das „Volksblatt" Gegenteiliges von einem „intimen Verhältnis" sagt, ist schmutzigste Verleumdung. Darum sei kurz und derb festgestellt: „Der Schreiber jenes Satzes ist solange ein gewissenloser Lump, wie er nicht einwandfrei, d. h. vor Gericht, nicht in seinen Lügenspalten, das „intime Verhältnis" bewiesen hat!"

Staatskanzler Renner über den österreichischen Friedensvertrag.

WTB. **Wien**, 4. Sept. Die Blätter veröffentlichen Aeußerungen des Staatskanzlers Renner, die er gegenüber privaten Berichterstattern in Saint-Germain getan hat. Renner erkannte an, daß aus jeder Seite des Vertrages das sorgfältige Bemühen der Konferenz spreche, die verworrenen Verhältnisse halbwegs zu ordnen. Trotzdem habe sie, was nicht verwunderlich sei, die innersten wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht vollständig erfassen, noch die Uebel und Lasten, die der Krieg zurückließ, auf die Nachfolgestaaten gerecht verteilen können. Politisch und national, so fuhr der Staatskanzler fort, sind wir

schwer getroffen.

Unser Staat ist beschränkt auf die deutschen Alpenländer. Die vierhundertjährige Gemeinbürgschaft der Alpendeutschen und der Sudetendeutschen ist zerrissen, und auch von den deutschen Siedelungsgebieten in den Alpen sind uns wesentliche Stücke vorenthalten. Das urdeutsche Marburg, dessen deutschen Charakter die Antwortnote selbst hervorhebt, soll künftig seinen Vertreter nach Belgrad schicken. Feldberg und Gmunden-Bahnhof bleiben verloren. Die Nationalversammlung wird darüber entscheiden müssen, ob trotz dieser Opfer der Vertrag unterzeichnet werden kann. In

nationaler Beziehung büßt unsere Republik ihre Handlungsfreiheit ein.

Das mit elementarer Gewalt in den Novembertagen hervorgetretene Anschlußbestreben ist auf den schwierigsten Weg von Verhandlungen mit dem Völkerbund verwiesen. Wir erhalten eine politische Souveränität, von der wir kaum Gebrauch machen dürfen, und werden dazu der vollständigen ökonomischen

Oberhoheit der alliierten Großmächte unterworfen,

die in der Reparationskommission verkörpert ist, mit dem Völkerbund als höchster Instanz. Man ist versucht, zu sagen: das wäre erträglich, wenn man nur wüßte, ob der Völkerbund bestehen und so organisiert sein wird, daß er imstande ist, gerecht zu sein. Jedenfalls ist für Deutschösterreich der Bestand und das Funktionieren des Völkerbundes eine wesentliche Bedingung des Vertrages, mit dem auch dieser steht und fällt. Sehr erschwert haben die Mächte sich ihre Aufgabe und uns das Leben dadurch, daß sie uns für alle Sünden des alten Regimes zum Sündenbock machten und uns zum Uebermaße von den Kriegsschulden die noch nicht konsolidierten Schulden, Auslandsschulden und Valutaschulden der im Auslande befindlichen Banknoten aufbürdeten. Sie wollen den Ertrinkenden retten und

belasten ihn zuvor mit einem Mühlstein.

Unser Volk ist nun vor die furchtbarste Prüfung gestellt. Diese Probe wird uns entweder außerordentlich stärken oder dauernd verelenden. Wir müssen uns zusammennehmen und im doppelten Sinne uns einheitlich organisieren, zu einer wirklichen Gemeinschaft werden und alle Kraft einsetzen, jeder einzelne. Dann kann es gelingen.

Clemenceau an Renner.

WTB. **Saint-Germain**, 4. September. Wiener Korr.-Büro. Das gestern dem Staatskanzler Renner überreichte Begleitschreiben des Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, weist zu Beginn die Einwendung der deutschösterreichischen Delegation, daß Deutschösterreich nicht als feindlicher Staat betrachtet werden dürfte, mit der Begründung zurück, daß das österreichische Volk die Politik der Machthaber, die durch das

Ultimatum an Serbien

und die Nichtannahme der Genugtuung seitens dieses Staates geradezu den Weg einschlugen, der zum Weltkrieg führte, nicht nur nicht bekämpft, sondern diesen Krieg stürmisch begrüßt hat. Angesichts so

vieler offenkundiger Beweise

müßte das österreichische Volk gezwungen werden, seinen vollen Anteil an den Verantwortlichkeiten auf sich zu nehmen. Das Begleitschreiben weist sodann darauf hin, daß die Politik der ehemaligen Habsburger die Hegemonie des deutschen und magyarischen Volkes über die Mehrheit der Einwohner der österreichisch-ungarischen Monarchie aufrechterhalten sollte. Auf den Einwand der Delegation gegen die Bestimmungen, die die Beziehungen Oesterreichs zu den neugegründeten Staaten auf den Gebieten der alten Monarchie regeln, betont der Begleitbrief, daß die Schwäche, unter der Oesterreich zu leiden hat, nicht die Folge der Bestimmungen des Vertrages ist, sondern vielmehr der Politik der Vorherrschaft entspricht, die das österreichische Volk gegenüber den anderen Nationen eingehalten hat. Der Begleitbrief hebt sodann hervor, daß die alliierten und assoziierten Mächte keineswegs den Wunsch haben, die

unglückliche Lage Oesterreichs

zu erschweren, weist auf die Aenderungen der wirtschaftlichen Bestimmungen hin, macht Mitteilung von der Zulassung der Reparationskommission, die in Wien tagen wird, und befaßt sich sodann mit der Bestimmung der Grenzen, wobei über Tirol folgendes ausgeführt wird: Die alliierten und assoziierten Mächte waren von der Tatsache durchdrungen, daß während langer Jahre das italienische Volk absichtlich einer gegen sein Leben gerichteten Bedrohung ausgesetzt war. Diese Bedrohung ergab sich daraus, daß Oesterreich-Ungarn im Besitze vorgeschobener, die italienische Ebene beherrschender Stellungen war. Die alliierten und assoziierten Mächte betrachten es als beste Lösung,

Italien die natürliche Alpengrenze zuzugestehen,

die es seit so langer Zeit forderte. Schließlich wird betont, daß der Friedensvertrag in dieser Form unabänderlich ist und die alliierten und assoziierten Mächte von der österreichischen Delegation innerhalb fünf Tagen die Erklärung erwarten, ob sie bereit ist, den Vertrag zu unterfertigen. Wenn eine solche Erklärung innerhalb der obenbezeichneten Frist nicht erfolgt, wird der am 3. November 1918 abgeschlossene

Waffenstillstand als beendet betrachtet.

Die alliierten und assoziierten Mächte werden alle Maßnahmen treffen, die sie für notwendig halten, um ihre Bedingungen zwangsweise durchzusetzen.

Der Streit um die Auslieferung Bela Kuhns.

WTB. **Budapest**, 4. Sept. Heute wurde der unter dem Vorwand der Nichtanerkennung des dritten Kabinetts Friedrich seitens der Entente im Amte gebliebene Minister des Aeußern Lovaszy, da er die Absendung des Auslieferungsbegehrens betreffend Bela Khun an die österreichische Regierung verzögerte, im Auftrage des Ministerrats durch die Minister Rubinek und Haller zum unverzüglichen Rücktritt aufgefordert. Lovaszy weigerte sich, der Aufforderung nachzukommen, erklärte jedoch, da er seinem Standpunkte nicht Geltung verschaffen könne die Geschäfte des Ministeriums dem rangältesten Beamten zu übergeben. Der Ministerrat wird nun das Auslieferungsbegehren betreffend Bela Khun und Genossen in kürzester Frist der österreichischen Regierung zustellen.

Abbruch der Entente-Beziehungen mit Rumänien?

Amsterdam, 4. September. Nach einer Reuter-Meldung aus Paris ist die rumänische Frage in ein akutes Stadium getreten. Da der Oberste Rat auf die kürzlich an Rumänien gerichtete Note keinerlei Antwort erhalten hat, hat er beschlossen, einen Gesandten (envoyé) nach Bukarest zu schicken, um der rumänischen Regierung ein befristetes Ultimatum zu überreichen. Sollte Rumänien sich weigern, die Bedingungen des Ultimatums in der angegebenen Frist zu erfüllen, so werden die diplomatischen Beziehungen zwischen den alliierten und assoziierten Regierungen einerseits und Rumänien andererseits aufgehoben und der Abgesandte der alliierten und assoziierten Mächte wird mit den in der rumänischen Hauptstadt residierenden diplomatischen Vertretern dieser Mächte von Bukarest abreisen.

Nach einer anderen Reuter-Meldung aus Paris erfährt man, daß in dem Ultimatum von Rumänien verlangt wird, daß es Ungarn räumt und anerkennt, daß alles Liquidierte an die Alliierten zur Verteilung unter die Gläubiger Ungarns ausgeliefert werden muß.

Litauen von Polen annektiert?

WTB. **Bern**, 4. Sept. (Drahtnachricht.) Das litauische Pressebureau meldet aus Wilna, daß Pilsudski bei einem Besuch in den von den Polen besetzten Gebieten Litauens in einer Ansprache an die Soldaten erklärt hat: Wir werden das Land nicht räumen, weil wir es als von Polen annektiert betrachten. Die in Gegenwart vieler Litauer gemachte Erklärung hat eine große Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen.

Die Sowjetregierung an Estland.

WTB. **Königsberg**, 4. Sept. Die estnische Regierung in Mitau hat nach einem Telegramm der „Tilsiter Zeitung" folgenden Funkspruch aus Zarskoje Selo erhalten:

„Die Sowjetregierung macht der estnischen Regierung im Augenblick des siegreichen Vordringens der roten Armee, nach der Einnahme von Jamburg und Pleskau, Friedensvorschläge, da angenommen wird, daß die estnische Regierung unter dem Druck der Entente im Gegensatz zum Volkswillen kämpft. Als Basis wird die Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands zugesagt. Besprechungen über die neutrale Zone und über die Grenzfestsetzung sind baldigst erwünscht."

Besserung der Lage der Sowjetregierung?

WTB. **Stockholm**, 4. Sept. Wie „Politiken" aus bester Quelle erfährt, bessert sich die militärische Lage der Sowjetregierung zusehends. Denikins Vormarsch ist aufgehalten und Kiew wieder genommen. Im Osten steht die rote Armee vor Tobolsk, das bereits genommen ist, und Koltschak trifft Vorbereitungen zur Räumung von Omsk. Noch weiter östlich stehen Truppen vor Wladiwostok.

Wilson und sein Senat.

WTB. **Versailles**, 4. Sept. Nach einer Washingtoner Meldung des „New York Herald" hat Wilson dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Vorlegung der Friedensvertragsentwürfe mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei verweigert. Er habe sich auch geweigert, den Text der Erklärung über die Besetzung des linken Rheinufers, die am 16. Juni zwischen Frankreich, England und Amerika festgestellt worden sei, mitzuteilen.

Nach „Chicago Tribune" soll Wilson der amerikanischen Friedensdelegation nach Paris gekabelt haben, er habe seine Ansicht, aus Ost- und West-Thrazien einen unabhängigen Staat zu machen, nicht geändert. Das sei Wilsons Antwort auf die telegraphischen Vorstellungen von Venizelos.

Lebenmittelknappheit in Amerika?

Haag, 4. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Londoner Blättern zufolge versucht man in Amerika die Einfuhr von Nahrungsmiteln nach England zu verhindern im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190905011/fragment/page=0002

Zusammenhang mit der Feststellung, daß infolge der zahlreichen Streiks in den englischen Häfen die Nahrungsmittel nicht ausgeladen werden können und dem Verderben ausgesetzt sind. Auf die Washingtoner Regierung wird ein Druck ausgeübt zur Beschränkung der Ausfuhr. Der Präsident der Bundes-Handelskommission erklärte, daß die Ausfuhr allgemein beschränkt wird, damit der Lebensunterhalt in den Vereinigten Staaten innerhalb dreier Monate wieder in normale Bahnen gelenkt wird.

Eine Million Arbeitslose in England.

Basel, 4. September. (Eigene Drahtnachricht.) **„Manchester Guardian" berichtet, daß von den englischen Gewerkschaften Ende August mehr als eine Million Arbeitslose gezählt worden sind.**

Heimkehr von verschleppten Oberschlesiern.

WTB. **Breslau, 4. Sept.** **Die „Schlesische Zeitung" meldet aus Kattowitz: Gegen 300 verschleppte deutsche Einwohner sind gestern wieder in Kattowitz eingetroffen. Während ihrer 14tägigen Gefangenschaft haben sie eine schwere körperliche und seelische Leidenszeit durchgemacht. Ihre Befreiung ist dem energischen Eintreten der amerikanischen Kommission zuzuschreiben, die seit Freitag in Krakau weilte. Die Zurückgekehrten befinden sich in jämmerlicher Verfassung. Sie sind halb verhungert und ihrer Kleidung und Wertsachen größtenteils beraubt. Sie sind schwer mißhandelt worden. Die Gendarmen und Polizeiwachtmeister, 15 an der Zahl, steckten in völlig zerrissenen polnischen Uniformen. Dem Gemeindevorsteher Schidlo von Eichenau waren die Zähne ausgeschlagen.**

Drohender Landarbeiterstreik in Reuß.

WTB. **Greiz,** 4. Sept. In Reuß älterer Linie droht ein Landarbeiterstreik auszubrechen. Nachdem erst am 6. Juni ein Lohntarif abgeschlossen worden ist mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1919, haben die Landarbeiter jetzt wieder neue Forderungen aufgestellt und verlangen 50 Prozent Teuerungszulage auf alle Löhne. Im Ablehnungsfalle wird mit Streik gedroht. Die Arbeitgeber haben die Forderungen in dieser Höhe einstimmig abgelehnt, sind aber zu neuen Tarifverhandlungen bereit.

Die Hetze der „Freiheit".

WTB. **Mitau, 4. Sept. Die „Freiheit" veröffentlicht einen Korpsbefehl des Grafen von der Goltz vom 31. Juli, der sich mit der Agitation wegen des Uebertritts in russische Dienste befaßt. Dazu wird festgestellt, daß der Korpsbefehl nur zu dem Zwecke ausgegeben wurde, um die Truppe zu beruhigen. Die Stimmung der Truppe war schon im Juli wegen der vereitelten Siedelung und wegen der wiederholten Verbote, die das Generalkommando im Sinne der Reichsregierung erlassen hatte, nicht zu den Russen überzutreten, derart bedrohlich, daß Graf von der Goltz gezwungen war, die Truppe mit einer späteren Klärung der Russenfrage zu vertrösten. Wenn es nicht bereits am 31. Juli zu Auflehnungen gekommen ist, wie der 24. August sie zeitigte, so ist dies nur dem Bemühen des Grafen von der Goltz zu verdanken, der es verstanden hat, die Truppe von der richtigen Seite zu nehmen. Auch war der Führer des 6. R. K. gezwungen, gehässige Verdächtigungen gegen die Regierung, die in der Truppe immer lauter wurden, durch Korpsbefehl im Keime zu ersticken.**

Kardinal Mercier reiste nach Newyork.

WTB. **Brest,** 4. Sept. (Drahtnachricht.) Kardinal Mercier ist gestern nach Newyork abgereist.

Ausland.

Die türkische Frage.

WTB. **Versailles,** 4. Sept. Nach Meldungen aus Konstantinopel soll der Großwesier dem Berichterstatter der „Agence Havas" gegenüber den Wunsch geäußert haben, daß man die türkische Friedensdelegation baldigst wieder nach Paris berufe. Der Waffenstillstand daure zu lange, und die Lage in der Türkei verlange eine Regelung der schwebenden Fragen.

Vor einem Massenmorden in Montenegro?

WTB. **Versailles,** 4. Sept. „Chicago Tribune" meldet, daß neutrale Beobachter erklärt hätten, ein militärisches Eingreifen Amerikas und Englands in Montenegro sei notwendig, damit Massenmorde unter den königstreuen Montenegrinern durch die Serben verhindert würden.

Enver Pascha im Kaukasus.

WTB. **Versailles,** 4. Sept. Nach einem Telegramm des „Intransigeant" aus Genf wird aus dem Kaukasus die Anwesenheit Enver Paschas gemeldet. Man erwarte dort nach dem Abtransport der englischen Truppen, die bald erfolgen solle, schwere Zwischenfälle.

Einschränkung des englischen Luftflottenprogramms.

Amsterdam, 4. Septbr. Den englischen Blättern vom 2. September zufolge hat die Regierung die Einschränkung des Luftflottenprogramms beschlossen. Die Arbeiten an einigen großen Luftschiffen wurden eingestellt. Mehrere Luftschiffe und Luftschiffhäfen wurden Organisationen zur Verfügung gestellt, die sich die Förderung der Handelsluftschiffahrt zum Ziele setzen.

Die französische Kammerdebatte.

WTB. **Versailles,** 4. Septbr. Nach „Temps" wird die Debatte in der Kammer über die Ratifizierung des Friedensvertrages in dieser Woche nicht zu Ende geführt werden. Erst kommende Woche werden Viviani und Clemenceau sprechen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 5. September 1919.

Unerschwingliche Preise für Schuhwaren.

Unsere Leser sind davon unterrichtet, daß die Preise für Schuhwaren in der nächsten Zeit außerordentlich anziehen werden. Für ein Paar Schuhe, die vor dem Kriege höchstenfalls 18—20 Mk. kosteten, wird man künftig 160—180 Mk. zahlen müssen. **Das ist eine fast tausendprozentige Preiserhöhung.** Im Kriege hatte bereits eine gehörige Preissteigerung eingesetzt, so daß zuletzt für ein Paar Schuhe guten Leders 80—90 Mk. gezahlt wurden. Daß nun gegenüber diesem Preise bereits wieder eine hundertprozentige Preiserhöhung eingetreten ist, erklärte am Montag vor etwa 1000 Lederhändlern aus dem In- und Auslande in der Leipziger Börse der Syndikus des Verbandes der Leder-Großhändler, Dr. Hugo, damit, daß wir nach Aufhebung der Zwangswirtschaft noch nicht an den Weltmarkt angeschlossen seien.

Die Ursache dafür, führte er weiter aus, liege darin, daß die Regierung es bis heute noch nicht vermocht hat, die bereits am 23. Juli von der Nationalversammlung gefaßten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Die Regierung arbeite zu langsam. Man habe damals, als der erste Antrag auf Aufhebung der Zwangswirtschaft gestellt worden ist, nicht voraussehen können, daß dieser Kampf um die Aufhebung sich monatelang hinziehen und inzwischen eine Preissteigerung von 100 Prozent eintreten würde. Hätte die deutsche Regierung schneller und praktischer die Einstellung der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt vollzogen, dann hätten wir heute bereits den Anschluß gefunden und die Dinge auf dem Häute- und Ledermarkt lägen anders.

Ein weiterer Grund für die unerquickliche Gestaltung der Verhältnisse liege darin, daß in dieser Zeit der Häuteauktionen ein Valutasturz eingetreten ist, der ganz natürlich zur Verteuerung der Ware führen muß. Als wir die Forderung auf Aufhebung der Zwangswirtschaft stellten, war der Stand der Valuta wesentlich besser. Und drittens ist zu beachten: In dem großen Geschehen unserer Tage vollziehen sich die Dinge nicht von einem Tage zum anderen, sondern alles schreitet mit Eruption zur Lösung der Dinge. Es ist selbstverständlich, daß jede Uebertreibung in dem Augenblick, wo wir nach langjähriger Fesselung frei werden, Eruptionserscheinungen zur Folge haben muß. Aber diese ersten Erscheinungen sind nicht maßgebend für die Beurteilung der Aufhebung der Zwangswirtschaft und für die Gestaltung der weiteren Verhältnisse. Nach den Meinungen in sachverständigen Kreisen ist es Tatsache, daß die Weltmarktsverhältnisse durchaus günstige sind. Es wird Ware aus allen Teilen des Erdballs angeboten, ein Zeichen, daß Ware vorhanden ist. Nur infolge der Schiffsraumnot und der sonstigen Verkehrsverhältnisse werden die jetzigen Verhältnisse auf dem Ledermarkt noch einige Zeit anhalten. Wenn wir demgegenüber Ruhe bewahren und nicht selbst zu wilder Spekulation beitragen, dann werden wir diese Zeit bald überstanden haben. Darum bitte er alle, den jetzigen Erscheinungen gegenüber mit größtmöglichster Ruhe, Sicherheit und Ueberlegenheit die deutschen Interessen zu vertreten und dafür Sorge zu tragen, daß dem Anreiz, der in Auslandsangeboten liegt, nicht um jeden Preis Folge gegeben wird.

Wenn die wildesten Preisforderungen unterstützt werden, dann muß die deutsche Lederwirtschaft sehr bald zum Erliegen kommen. Die Lederwirtschaft hatte der Regierung die Hand geboten, um die Uebergangszeit günstig zu gestalten. Wir hatten Richtpreise beschlossen, aber die Regierung hat sie nicht veröffentlicht, aus dem einzigen Grunde, weil mit dieser Beschränkung eine Festlegung des Konjunkturgewinnes verbunden war. Es hätten 60 Prozent des Konjunkturgewinnes zur Unterstützung der ärmeren Bevölkerung zu dienen gehabt. Indem die Regierung die Richtpreise abgelehnt hat, hat sie zu dem fortgesetzten Auftrieb der Preise mit beigetragen. Ich werde bei der Regierung beantragen, nunmehr unverzüglich die Richtlinien herauszubringen. Wenn wir in Deutschland nicht rechtzeitig für unsere Häute- und Lederindustrie eintreten und die Schuhindustrie den Bedarf nicht decken kann, wird eines Tages die amerikanische Industrie kommen und wir werden dann drei- und vierfach höhere Preise zahlen müssen."

Welche Preise für amerikanische Waren angelegt werden müßten, ergibt sich daraus, daß in Amerika ein Paar Gebrauchsschuhe 8—10 Dollar kosten. Unter Einrechnung der Valuta — ein Dollar etwa 18 Mark — und der Zoll- und Transportkosten, hinzugerechnet der Händlergewinn im deutschen Inlande, kann man sich ungefähr vorstellen, was dann bei uns ein Paar amerikanischer Schuhe kosten würde. Es kommt aber noch ein anderes hinzu: infolge des Mangels an Rohstoffen drohen Arbeitslosigkeit und Arbeiterentlassungen. In Weißenfels, einem der Hauptorte der Schuhwarenindustrie, ist von einer Versammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher in einer Entschließung gefordert worden, daß, wenn die zeitweilige Schließung von Betrieben droht, die Arbeitszeit auf mindestens 40 Stunden verkürzt werden müßte. Der Lohnausfall müsse durch Reichszuschüsse ausgeglichen werden.

Woher die leere Reichskasse die Gelder nimmt, die von ihr immer und immer wieder von allen Seiten gefordert werden, darüber zerbricht sich die Menge, die solche Entschließungen faßt, freilich nicht den Kopf. Ganz sicher aber geht unser Wirtschaftsleben vollends in die Brüche.

Die Organisation der Gefangenenheimkehr.

Im Zusammenhang mit den Meldungen über die Heimkehr der Kriegsgefangenen war in letzter Zeit verschiedentlich die Rede von dem Stabe der Gruppe „Rhein", der in Bad Homburg seinen Sitz hat und bis dahin wenig bekannt geworden war, und der zu einer wichtigen Rolle bei der Heimkehr der Kriegsgefangenen auch nach Halle berufen ist. Es wird daher interessieren, einige Einzelheiten über die Organisation und Tätigkeit in dieser Amtsstelle zu erfahren.

Um eine geordnete Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen zu ermöglichen, hat das Kriegsministerium in Berlin seit Juni etwa eine das ganze Reich umfassende Organisation durchgeführt. Als Zentralstelle ist im Kriegsministerium eine Abteilung für zurückgekehrte Kriegsgefangene eingerichtet, die unter Leitung des Oberst v. Fransecky steht. Diese Zentralstelle hat das gesamte Reichsgebiet in sieben Gruppen eingeteilt, die ihren Sitz in Breslau, Bartenstein, Stettin, Wilhelmshaven, Konstanz und Bad Homburg haben. Der bedeutendste Anteil fällt der Gruppe „Rhein" in Bad Homburg zu. Sie hat den Zweck, die Heimführung aller auf französischem und belgischem Boden in französischer, belgischer, englischer und amerikanischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen, ungefähr 500 000 Mann, in die Wege zu leiten. Chef der Gruppe „Rhein" ist Major Papst von Ohain. Seiner Gruppe sind die an der Rheinlinie von Duisburg bis Offenburg entlang liegenden Uebergangsstationen Haspe-Heuling, Köln-Deutz, Limburg, Darmstadt, Mannheim, Offenburg unterstellt, in denen die Kriegsgefangenen von besonderen Abnahmekommissionen empfangen und in die folgenden Durchgangslager weitergeleitet werden: Meschede, Gießen, Limburg, Wetzlar, Göttingen, Hammelburg, Eglosheim, Hohenasperg, Mannheim, Tauberbischofsheim und Rastatt. Die einmalige Belegungsstärke dieser Durchgangslager schwankt zwischen 1000 und 3000 Mann. Die Lager sind schon seit längerer Zeit für den Empfang der Gefangenen hergerichtet. Der Aufenthalt dort ist für etwa drei Tage berechnet.

Ueber einen bedauerlichen Unfall

schreibt uns ein Leser: Als Donnerstag früh der Arbeiterzug Weißenfels—Halle, der die Tagschicht nach Leuna bringt und die Nachtschicht von dort mitnimmt, kurz vor Ammendorf einen von Halle kommenden Güterzug passierte, hörten wir plötzlich einen heftigen Schlag, und gleich darauf lag ein junger Mann, der an die Tür gelehnt gestanden hatte, mit zerschmettertem Schädel am Boden, ohne daß er sich fahrlässig zum Fenster herausgelehnt hätte. In einem benachbarten Wagen war ein Türrahmen vollständig zertrümmert. Auch sonst zeigte der Zug Spuren von Beschädigung, so daß anzunehmen ist, daß der entgegenkommende Güterzug fahrlässig geladen war. Beim Ausladen in Halle waren noch geringe Bewegungszeichen an dem Verunglückten wahrzunehmen.

Im Zusammenhange hiermit sei darauf hingewiesen, daß bei demselben Zuge tagtäglich auf der Strecke Weißenfels—Leuna eine solche Ueberfüllung herrscht, daß eine Galerie lebender Menschen, Mann an Mann dichtgedrängt, die Fahrt auf den Trittbrettern mitmacht, was sogar recht hübsch aussieht, bei einem ähnlichen Vorkommnis aber ein unübersehbares Unglück verursachen kann.

Politische Neutralität der Polizei.

Der Minister des Innern hat sich auf eine Eingabe dahin geäußert, daß die Polizei, soweit ihre Kräfte ausreichen, unbedingt verpflichtet ist, Angriffen gegen den Staat entgegenzutreten. Beamte der Polizei, die sich in solchen Fällen neutral erklären, verletzen ihre Grundpflichten und setzen sich mit dem Hauptzweck der Polizei, Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, in Widerspruch. Sie müssen aus dem Staatsdienst entfernt werden. Selbstverständlich darf die Polizei niemals Organ einer einzelnen politischen Partei sein; demnach also stets die politische Neutralität bewahren.

Wie steht es nun aber mit der Neutralität der Polizei in Orten, in denen die Polizeiverwaltung nicht verstaatlicht ist? Wir nehmen an, daß die Aeußerung des Ministers sinngemäß auch für diese Polizeisparte Geltung hat.

Provinzial-Nachrichten.

Apolda, 4. Sept. (Sedanfeier in den Schulen.) In den Schulen hier hat man auch dieses Jahr den Sedantag gefeiert. Die Kinder der Bürgerschule wurden von ihren Lehrern auf die Bedeutung des Sieges bei Sedan hingewiesen, der in entscheidender Weise zur Einigung Deutschlands und damit zur Gründung des Deutschen Reiches beitrug. Sodann wurde der Blick der Schüler in die Gegenwart gelenkt. In einfacher Weise wurden sie in solche Fragen eingeführt, die unser Tagesleben berühren. So boten die Landes- und Reichsverfassung sowie die geplante Gründung Groß-Thüringens Gelegenheit, den Kindern diese Dinge näher zu bringen. Passende Gesänge verschönten die einzelnen Feiern.

* **Köthen,** 4. Sept. (Forderungen der anhaltischen Lebensmittelkontrolleure.) Hier fand am Sonntag eine Zusammenkunft von Lebensmittelkontrolleuren aus allen Teilen Anhalts statt. Von allen Teilnehmern wurde die Forderung gestellt, daß bestimmte Richtlinien für die Lebensmittelkontrolleure aufgestellt werden, um ein einheitliches Arbeiten in ganz Anhalt zu ermöglichen. Es wurde beschlossen, den Staatsrat um Anerkennung der Lebensmittelkontrolleure als gesetzliche Organe zu ersuchen und ihm außerdem das Muster eines Ausweises der Lebensmittelkontrolleure mit Gültigkeit für ganz Anhalt vorzulegen und die Einführung zu verlangen. Beim Staatsrat soll ferner beantragt werden: Freigabe eines bestimmten Quantums Futtergerste nach Maßgabe des bei der Viehzählung vom 1. September angegebenen Viehbestandes unter Wegfall des entsprechenden Quantum für verheimlichtes Vieh bei falschen Angaben; ferner die Aufhebung der Verordnung über Fleischabgabe bei Hausschlachtungen (der Hausschlächter soll alles Fleisch behalten können, das ihm auf die Fleischkarten angerechnet wird); drittens der Erlaß eines Ausfuhrverbots für Brotgetreide, Gerste, Hülsenfrüchte und Obst bis zur Deckung des Bedarfs für ganz Anhalt; endlich die Festsetzung von Höchstpreisen für Hafer und Hülsenfrüchte (nicht Richtpreise, die erfahrungsgemäß nicht beachtet werden).

Dessau, 4. September. (Einer Zucker- und Kakaoschiebung im Werte von 600000 Mk.) die vermutlich von Magdeburg aus erfolgt ist, kam der Dessauer Kreispolizeiwachtmeister Marx auf die Spur. Er erfuhr durch die Bitterfelder Polizei, daß der Gastwirt Gr. aus Törten angeblich einen Waggon Zucker nach Berlin verschieben wollte. Marx, der wußte, daß Gr. früher Sattler war, gab sich als Kollege aus und hörte den Schieber gründlich aus. Er fuhr ihm nach Berlin und Potsdam nach, bestieg am Potsdamer Bahnhof eine Droschke, um Gr. in die Nähe von Sanssouci zu folgen. Unterwegs brach die Deichsel des verfolgenden Gefährts, sodaß Marx der Droschke Gr.'s durch ganz Potsdam zu Fuß im Galopp nachsetzen mußte. In einer Villa konnte die benachrichtigte Potsdamer Polizei einen von Gr. mitgebrachten Zentner Zucker beschlagnahmen. Marx, weiter forschend, kundschaftete auf dem Bahnhofe in Potsdam aus, daß soeben zwei verdächtige Wagen nach Groß-Lichterfelde abgefahren seien. Die Wagen, deren Inhalt als „Schrauben und Eisenteile, Absender Rex-Magdeburg, Empfänger Kaufmann Schröter-Großlichterfelde" deklariert war, konnten in Großlichterfelde angehalten werden. Ihr Inhalt im Werte von 600 000 Mk. wurde beschlagnahmt. Schröter gestand nach anfänglichem Leugnen die Schiebung ein, Gr. dagegen will mit dieser Sache nichts zu tun haben.

Vermischtes.

Richard Strauß und die bayerischen Lebensmittel. Wie die „Neue Zeitung" in München mitteilt, hat die bayerische Lebensmittelstelle dem nach Wien übersiedelnden Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß die Genehmigung erteilt, größere Mengen Lebensmittel, darunter 100 Pfund Schmalz (!), 300 Eier (!), und 120 Pfund Zucker (!) nach Wien mitzunehmen. Das bayerische Landwirtschaftsministerium teilt dazu mit, daß es auf diese Mitteilung hin sofort den Widerruf der erteilten Erlaubnis veranlaßt hat. Die betreffenden Lebensmittel sind einstweilen beschlagnahmt worden.

Die Kaisertochter von einem Knaben entbunden. Die Blätter zeigen die Entbindung der Herzogin Viktoria Luise von Braunschweig von einem gesunden Knaben an.

Sedandemonstration der Potsdamer Realgymnasiasten. Zu einer „politischen" Schülerdemonstration kam es am Sedantage im Potsdamer städtischen Realgymnasium. Als früh 8 Uhr der Pedell das Glockenzeichen zum Schulbeginn gab, begaben sich die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190905011/fragment/page=0003
DFG

Schüler nicht in die Klassen, sondern traten, nach Klassen geordnet, auf dem Schulhofe an. Ein Gymnasiast trug einen Eichenkranz, ein anderer eine schwarz-weiß-rote Fahne. Sämtliche Schüler begaben sich dann in geschlossenem Zuge, unter Absingung der „Wacht am Rhein", zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal, von wo sie sich dann zerstreuten und nicht mehr in die Schule zurückkehrten. Weder das Direktorium noch der Lehrkörper haben auf diese Demonstrationen Einfluß gewonnen.

Durch Mine untergegangen. Der Hamburger Fischdampfer „Möwe" ist vermutlich infolge Zusammenstoßes mit einer Mine gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet und am Tage darauf in Hamburg gelandet.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußballsport.

Viktoria 96-Magdeburg weilt am Sonntag, den 7. Sept., als Gast des Sportvereins 98 mit seiner Ligamannschaft in Halle. Das Spiel findet auf dem Sportplatz am Zoo statt. Näheres über Spielbeginn und Mannschaften wird noch veröffentlicht.

Schwimmsport.

Abschwimmen. Nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet in Halle, im Luisenbad, am Hettstedter Bahnhof, das Abschwimmen des neugegründeten und bereits über 100 Mitglieder zählenden Schwimmvereins „Saale v. 1919" statt. Der Verein wird im Schwimmen, Springen, Wasserballspielen und sonstigen Unterhaltungen, ausgeführt von seinen Damen- und Herrenriegen zeigen, was er in den anderthalb Monaten seines Bestehens erlernt hat. Freunde des Schwimmsports sind willkommen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Aus dem Michel-Konzern.

In den Gewerkenversammlungen der Michelgruppe (Braunkohlengewerkschaften Michel, Leonhardt, Vesta und Gute Hoffnung) wurden die ausscheidenden Grubenvorstandsmitglieder Kommerzienrat Scheibler-Köln und Fabrikbesitzer Alfred Luyken-Wesel einstimmig wiedergewählt und Satzungsänderungen vorgenommen. Dem Grubenvorstand wurde — ausgenommen bei Leonhardt — die Ermächtigung erteilt, zur Tilgung der Bankschulden ein Darleben aufzunehmen, das bei der Gewerkschaft Michel 2 Millionen Mark, bei Vesta 2 Millionen Mark und bei Gute Hoffnung 1 Million Mark betragen soll und wofür die Bergwerke hypothekarisch zu belasten sind.

Aus den den Versammlungen vorgelegten Geschäftsberichten für 1918/19 geht hervor, daß bei Michel im ersten Halbjahre die Anlagen, insbesondere die Brikettfabriken, nur mit großer Mühe betriebsfähig erhalten werden konnten. Es gelang jedoch, die Förderung und Produktion auf der Höhe des Vorjahres zu halten und teilweise wieder um etwas zu steigern. Nach der Revolution änderte sich das Bild vollständig. Der im Februar-März 1919 einsetzende Generalstreik im mitteldeutschen Revier trug ebenfalls dazu bei, die Leistung an Förderung und Produktion zu verringern. Die Werke konnten schließlich nur mit großen Opfern den Betrieb aufrecht erhalten. Die Zahlung der Ausbeute mußte, wie gemeldet, eingestellt und zur Durchführung der notwendigen Abschreibungen der Vortrag des Vorjahres in Anspruch genommen werden. Der Rohertrag stellte sich auf 3,75 (4,18) Mill. Mark. Zuzüglich Vortrag verbleibt nach Absetzung von 3,37 (2,83) Mill. Mark Unkosten ein Rohgewinn von 1,02 (1,85) Mill. Mk. Hiervon sind zu Abschreibungen verwandt 0,64 (0,80) Mill. Mark, als Ausbeute im Betriebsjahr verteilt 0,30 (0,40) Mill. Mark, so daß noch 80 180 (650 539) Mark als Vortrag verbleiben. In der Vermögensaufstellung erscheinen die bisher nicht ausgewiesenen, mit dem Ankauf der Vertragsrechte an den Grundstücken und Kohlenabbaurechten verbundenen Erwerbs- und sonstigen Kosten unter den Verpflichtungen im Kapitalkonto und unter den Vermögenswerten im Grundstücks- und Kohlenabbaurechtskonto mit je 1,1 Mill. Mark. Wertpapiere und Beteiligungen beziffern sich auf 2,96 (2,84) Mill. Mark. Die schwebenden Buchforderungen stiegen von 0,96 auf 2,52 Mill. Mark, während die Gläubiger 3,91 (3,14) Mill. Mark zu fordern hatten. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr lassen sich wegen der Unklarheit der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht übersehen.

Die allgemeinen Ausführungen im Geschäftsbericht der Gewerkschaft Michel gelten auch für die übrigen Gewerkschaften. Bei Leonhardt stellt sich der Rohertrag auf 6,17 (6,52) Mill. Mark. Zuzüglich Vortrag verbleibt nach Absetzung der Unkosten mit 4,90 (4,65) Mill. Mark ein Rohgewinn von 2,22 (2,34) Mill. Mark. Davon ab 0,94 (0,99) Mill. Mark für Abschreibungen und 0,35 (0,40) Mill. Mark als Ausbeute im Betriebsjahr verteilt, so daß als Vortrag 0,93 (0,95) Mill. Mark bleiben. In der Bilanz erscheinen u. a. Außenstände mit 1,16 (0,750) Mill. Mark, Gläubiger mit 0,83 (0,97) Mill. Mark.

Die Gewerkschaft Vesta erzielte einen Rohertrag von 3,75 (4,11) Mill. Mark. Zuzüglich Vortrag und nach 3,43 (2,78) Mill. Mark Unkosten stellt sich der Rohgewinn auf 0,76 (1,36) Mill. Mark. Davon ab 0,58 (0,91) Mill. Mark für Abschreibungen und 100 000 (0) Mark im Betriebsjahr verteilte Ausbeute, verbleiben 80 771 (0,45) Mill. Mark als Vortrag. In der Bilanz hat sich der Posten Grundstück und Kohlenabbaurechte von 3,02 auf 4,93 Mill. Mark erhöht. Debitoren haben sich mit 0,56 Mill. Mark fast kaum verändert, Buchverpflichtungen dagegen sind von 1,19 auf 2,81 Mill. Mark angeschwellen.

Bei Gute Hoffnung beträgt der Rohertrag 3,49 (3,05) Mill. Mark, zuzüglich Vortrag und nach 2,85 (2,06) Mill. Mark Gesamtunkosten der Rohgewinn 1,03 (1,37) Mill. Mark. Nach 0,60 (0,67) Mill. Mark Abschreibungen und im Betriebsjahr verteilte Ausbeute 225 000 (300 000) Mark verbleiben 206 808 (372 472) Mark Vortrag. Außenstände belaufen sich auf 0,58 (0,34) Mill. Mark, Buchverpflichtungen auf 1,86 (1,02) Mill. Mk. Bei dieser Gewerkschaft, wie auch bei Michel und Leonhardt sind die Kohlenbestände bis auf 1 Mark abgeschrieben.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern in Dortmund.)

3. September.

Die festere Strömung, die in der abgelaufenen Woche an den großen Börsen zum Durchbruch gelangte, blieb auf den rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt zunächst ohne Einfluß. Zwar war die Stimmung auf allen Marktgebieten durchaus freundlich, jedoch hielten sich die Umsätze in engen Grenzen. Im weiteren Wochenverlauf gewann die Nachfrage auf allen Marktgebieten die Oberhand, und die Geschäftstätigkeit erfuhr eine Zunahme. Bei Berichtsschluß herrschte auf der ganzen Linie starke Kauflust bei anziehenden Preisen.

Am Kohlenkuxenmarkte hielt das Interesse für die schweren Werte an, von denen insbesondere König Ludwig weitere 1000 Mark gewinnen konnten. Nach der vorwöchigen Abschwächung trat erneute Nachfrage nach Lothringen auf, die ihren Kursstand wieder um ca. 1000 Mark erhöhen konnten. Dagegen waren Helene & Amalie und Graf Schwerin etwas niedriger angeboten. Von mittleren Werten wurden Johann Deimelsberg, Heinrich und Glückaufsegen zu unveränderten Preisen gehandelt. Trier konnten sich um ca. 800 Mark erholen, während Hermann 1/3 sich weiter abschwächten. Größere Umsätze fanden wiederum in Admiral statt, die vorübergehend 250 Mark niedriger im Verkehr waren, zum Wochenschluß jedoch die Abschwächung wieder einholen konnten und darüber hinaus gefragt blieben. Von linksrheinischen Werten wurden Wilhelmine Mevissen zu schwankenden Preisen gehandelt, während Moers ca. 200 Mark niedriger zum Verkauf gestellt wurden. Gute Nachfrage bestand für Diergardt, die ca. 200 Mark gewinnen konnten.

Am Kalimarkt blieben die Umsätze in der ersten Wochenhälfte recht gering, jedoch konnten sich die Kurse im allgemeinen gut behaupten. Gegen Wochenschluß trat eine Befestigung auf der ganzen Linie ein, ausgehend von einer starken Aufwärtsbewegung in Hansa Silberberg und Siegfried I, die sprunghaft anziehen konnten und die Woche mit einem Gewinn verlassen konnten, der für erstere ca. 1300 Mark, für letztere ca. 900 Mark beträgt. Bevorzugt waren ferner die Werte des Wilhelm-Sauer-Konzerns, Hugo, Bergmannssegen, Hohenfels, Erichssegen, die ihren Kursstand noch etwas erhöhen konnten. Von schweren Werten waren Glückauf Sondershausen, Neustaßfurt, Alexandershall und Kaiseroda zu unveränderten Preisen im Verkehr. Eine Abschwächung von ca. 800 Mark erlitten Asse, auf die Nachricht hin, daß auf dem Werk sich ein Betriebsunfall ereignet habe, der eine Stillegung des Schachtes für eine Zeit von 4—6 Wochen bedingt. In Mitleidenschaft gezogen wurden Friedrichroda, die vorübergehend 150 Mark niedriger wurden, zum Wochenschluß aber zu besseren Preisen gefragt blieben. Kaufinteresse zeigte sich ferner für Felsenfest und Hüpstedt. Einige Umsätze vollzogen sich in Habighorst und Neusollstedt zu leicht gebesserten Preisen. Die übrigen Werte dieses Marktgebietes blieben ohne nennenswerte Veränderungen. Für Kaliaktien trat im Zusammenhang mit der Festigkeit der Deutsche Kali-Aktien stärkere Nachfrage auf für Hallesche Kali, Ronnenberg und Salzdetfurth, letztere konnten ca. 10 Prozent gewinnen. Kaufinteresse zeigte sich ferner zu anziehenden Preisen für Krügershall, während Justus zu unveränderten Preisen im Verkehr waren.

Vermögensverschiebungen nach Nordschleswig.

Mit Erstaunen entnimmt man der dänischen Presse, daß die dänischen Behörden sich bei der internationalen Kommission zugunsten der deutschen Steuerdeserteure und Vermögensverschieber einzusetzen gewillt sind. Es handelt sich darum, das gewissenlose Vermögensschieber nach Nordschleswig in Form von Landbesitz, Waren, aber auch Bankguthaben Kapitalien in der Erwartung untergebracht haben, diese Vermögensteile, wenn Teile des Gebietes an Dänemark fallen, vor der deutschen Erfassung zur Vermögensabgabe und zu den anderen Steuern „gerettet" zu haben. Welchen Umfang diese verbrecherischen Manipulationen angenommen haben, geht daraus hervor, daß einzelne Bankinstitute in Nordschleswig vor einiger Zeit die weitere Annahme der an sie herauskommenden Einzahlungen ablehnten, daß das Kalisyndikat die Oeffentlichkeit und die Regierung auf die Ansammlung sehr bedeutender Kalivorräte zu Steuerfluchtzwecken im dortigen Gebiete aufmerksam machen mußte, daß zeitweise dort die Land- und Immobilienpreise sprunghaft in die Höhe gingen u. a. m. Die deutsche Regierung hat diesen Erscheinungen ihre Aufmerksamkeit zugewendet: sie hat von ihrer Befugnis Gebrauch gemacht und den Banken gegenüber die Auskunftspflicht wirksam gemacht, sie ist weiter mit Beschlagnahmen vorgegangen, die natürlich die Rückführung der betreffenden Waren aus der gefährdeten Zone im Gefolge haben.

Die „Frkf. Ztg." bemerkt dazu:

„Damit hat die deutsche Regierung nur das Selbstverständliche getan, und man kann höchstens bedauern, daß sie nicht schon viel früher mit aller Energie eingegriffen hat. Um so erstaunlicher ist es nun, daß die dänische Regierung ihre schützende Hand über diese Schieber und Steuerdeserteure zu halten versucht, zumal es sich dabei ja nicht um Dänen oder auch nur Nordschleswiger handelt, sondern um Deutsche, die sich und ihren Besitz flüchten wollen. Man sollte doch annehmen, daß selbst in der heutigen Zeit, in der die Begriffe der international gültigen politischen und geschäftlichen Moral einigermaßen ins Wanken geraten sind, sich Behörden eines Staates scheuen sollten, ihren Schutz ausgesprochenen Schädlingen und ausgesprochener Unmoral zuteil werden zu lassen. Der Standpunkt, daß Dänemark vielleicht einigen Vorteil von diesen Vermögensexporten haben könnte, darf ja wohl für den Staat nicht ausschlaggebend sein, eine solche Legalisierung der Unmoral könnte nur zum Schaden Dänemarks ausfallen. Wir erwarten, daß die deutsche Regierung mit aller Schärfe auch weiterhin gegen die in den von einer Abspaltung bedrohten deutschen Gebiete geübte Steuerflucht vorgeht, und daß sie sich durch Drohungen vom Auslande her nicht einschüchtern lassen wird. Das Ausland aber wird, so hoffen wir, zu der Erkenntnis kommen, welche peinliche und traurige Rolle es spielt, wenn es sich als offizielle Schutzstelle für das verächtliche Schieberwesen und für den Steuerbetrug etabliert. An den Elementen, die es zu schützen sucht, wird es keine Freude erleben."

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 4. September. In der das Kennzeichen der letzten Börsentage bildenden Aufwärtsbewegung der ausländischen Werte ist heute ein gewisser Stillstand eingetreten, und auch da bilden die zum Teil erzielten hohen Preise anscheinend Anlaß zu Realisationen. Im freien Verkehr sind die bisher führenden Kanadas, Baltimore und Steaua etwas in den Hintergrund getreten. Die Kurse unterlagen hier noch ziemlich starken Schwankungen; doch hielten sie sich durchschnittlich unter gestrigem Stand. Kanada 530—540, Baltimore 175—170, Steaua 477. Dagegen sind von den im amtlichen Verkehr gehandelten Papieren, denen von der Börse jetzt ein gewisser Valutacharakter zugesprochen wird, Deutsch-Uebersee-Aktien mit einer Steigerung von 14, Felten & Guilleaume mit 5 Prozent mehr in den Vordergrund getreten. In den übrigen Werten, wie Orientbahn, Türkischem Tabak und Prinz-Heinrich-Bahn traten Rückgänge bis zu 6 und in Oesterreichischen Kreditaktien um 12 Prozent ein. Schiffahrtswerte lagen heute etwas fester, und am Montanmarkt setzte sich die Aufwärtsbewegung in ruhigem Tempo fort, wobei nacheinander Deutsch-Luxemburger, Harpener und Phönix die führende Rolle spielten. Es ergaben sich Besserungen von 2—5 Prozent. In den übrigen Industriepapieren überwogen 2—3proz. Besserungen. Goldschmiedaktien waren sogar 7 Prozent höher. Am Rentenmarkt traten in heimischen Werten zumeist leichte Abbröckelungen ein. Oesterreichische und ungarische Werte waren nahezu umsatzlos. Feste Haltung blieb im weiteren Verlaufe namentlich für Montanwerte vorherrschend. Doch hatte das Geschäft fast allgemein ein ruhiges Aussehen.

Devisenkurse.

Berlin, 4. September.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
		—,—	—,—	—,—	—,—
New York	1 Doll.	812.00	812,50	807,00	807.50
Holland	100 fl.	465 00	465.50	460.00	460,50
Dänemark	100 Kr.	521.00	521.50	516 00	516.50
Schweden	100 Kr.	491 00	491.50	486.00	486.50
Norwegen	100 Kr.	378.00	378.75	375 50	375 75
Schweiz	100 Fr.	42.45	42.55	42 45	42 55
Oesterreich Ungarn	100 K.	—,—	—,—	—,—	—,—
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 386.50 Brief 387 50 für 100 Pesetas.
Helsingfors 136.25 136.75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 4. September. Am Hafermarkt herrschte wegen der Erschwerung des Handels durch das Ausdruschverbot starke Zurückhaltung vor. Schließlich übertrafen jedoch die allein für Lokoware festgesetzten Preise den gestrigen Stand. Von Westen aus ist die Nachfrage sowohl für Hafer als auch für Stroh, Heu und Häcksel ziemlich beträchtlich, und dortige Interessenten kommen mehr als bisher persönlich zu Abschlüssen nach hier.

Berlin, 4. September. Amtliche Notizen. Inländischer Hafer für 1000 Kg. in Mark: loko ab Speicher frei Wagen 1140—1260 Mark.

Ein neues Organ für wirtschaftliche Nachrichten der Auslandspresse. „Die Fremde Presse" G. m. b. H., Berlin, welche seit dem 1. August d. Js. die amtliche Tätigkeit der „Abteilung Fremde Presse" übernommen hat, macht es sich zur Aufgabe, den Wiederaufbauenden dadurch zu unterstützen, daß sie in den von ihr herausgegebenen „Wirtschaftlichen Nachrichten der Auslandspresse" in objektiver Berichterstattung eine gründliche Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse aller Länder zu vermitteln sucht. Diese „Wirtschaftlichen Nachrichten" bilden eine gute Quelle für das Studium der wirtschaftlichen Strömungen, Tendenzen und Ziele sowie der Psyche der fremden Wirtschaftsgebiete und behandeln außerdem die eigentlichen wirtschaftlichen Nachrichten eingehender als irgendein anderes Organ es vermag. — Dankenswert erscheinen auch die Bemühungen der Gesellschaft, deutsche und ausländische Firmen miteinander in Verbindung zu bringen, die in der Errichtung einer besonderen Vermittlungsstelle zum Ausdruck kommen.

Die Sabotage im elsässischen Kaligebiet. Zum Streik im Kaligebiet gehen dem „Mülhauser Volksblatt" folgende Mitteilungen zu: Der Streik der Kalibergarbeiter, der nun seit vier Wochen dauert, bedeutet eine wahre Katastrophe. Die Schächte sind größtenteils ersoffen und es würde vorerst mindestens 8—14 Tage benötigen, um das angesammelte Wasser herauszupumpen. Dann müssen Wiederherstellungsarbeiten vorgenommen werden, deren Umfang heute noch nicht genau angegeben werden kann, die aber schätzungsweise viele Wochen, ja Monate in Anspruch nehmen dürften. Viele Motoren und elektrischen Anlagen sind verbrannt, die übrigen maschinellen Anlagen verrostet oder sonstwie beschädigt. Wie die Dinge heute liegen, spielt nunmehr eine längere oder kürzere Hinziehung des Streiks keine Rolle mehr, denn die Anlagen sind jetzt schon beschädigt oder zerstört. Die Geschäftsaufträge sind infolge des Streiks alle abgelehnt, die bestehenden geschäftlichen Verträge sind annulliert worden. Die Streikleitung hat also den ganzen Betrieb bereits auf den toten Punkt gebracht.

Geplanter Verkauf der Münchener Kruppwerke. Es heißt, daß die bayerischen Geschützwerke Friedrich Krupp, Kommanditgesellschaft, München, in Liquidation an die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke in Berlin für etwa 10 Millionen Mark verkauft worden seien. Dazu bemerkt die „Frkft. Ztg.", daß diese Nachricht nicht zutrifft. Von einer mit den Angelegenheiten dieser Verhandlung beschäftigten Seite hört das Blatt, daß in München Verkaufsverhandlungen im Gange sind, daß deren Abschluß aber noch von der Erfüllung verschiedener Bedingungen abhängt. Die Entscheidung dürfte voraussichtlich noch in der ersten Septemberhälfte fallen.

Die erste Rübenzuckerfabrik in Finnland wird in diesem Jahre in Tätigkeit treten. Sie ist mit deutschen Maschinen ausgestattet und wird täglich 8000 Ztr. Rüben verarbeiten können. Man erwartet für diesmal eine Zuckererzeugung von 20 000 Ztr., da nur Rüben von ungefähr 600 Hektar zur Verfügung stehen. Zweifellos aber ist für Finnland in den nächsten Jahren mit einem bedeutenden Aufschwung der Rübenzuckerindustrie zu rechnen.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 2. Sept. Weizen: Sept. —, Okt. —. Mais: Sept. 172, Okt. —, Dez. 132½, März 131¾. Schmalz: Sept. 28, Okt. 27,50, Jan. 24,20. Pork: Sept. 42, Okt. 38,25, Jan. —. Rippen: Sept. 22,50, Okt. 23,50, Jan. 20,75. Hafer: Sept. —, Okt. —, Dez. 72½.

Newyork, 2. Sept. Winter- u. Sommerweizen: 237½. Mais loko: —. Mehl: 9,50—10,25. Schmalz: 28,07½. Zucker: —. Kaffee: —.

Berliner Börse

vom 4. September 1919.
(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehrmann	123,00
		Dürkoppwerke	283,50
Halberst.-Blankenb.	81,00	Elberfelder Faber.	287,50
Halle-Hettstedter	——	Felten & Guilleaume	185,00
Schantungbahn	132,90	Gasmotoren Deutz	143,50
Allg. Lokal-Str.	126,25	Gebhard & Co	——
Gr. Berl. Str.	120,75	Gebhard & König	130,00
Magdeburger Str.-B.	——	Gelsenkirchen Berg	173,00
Prinz-Heinrich-B.	318,00	Glauziger-Zuckerfbk.	260,00
Orientbahn	297,75	Hallesche Maschfbk.	309,50
Schiffahrts-Aktien:		Hann. Masch.	309,00
		Harpener Berg	166,25
Hambg. Paketfahrt	99,75	Hasper Eisen	146,50
Hambg. Südamerika	178,50	Hirsch Kupfer	220,00
Hansa-Dampfschiff.	229,64	Höchster Farbw.	292,36
Nordd. Lloyd.	103,00	Hoesch Eisen u. Stahl	193,00
Bank-Aktien:		Hohenlohe-Werke	107,75
		Humboldt Masch.	129,36
		Ilse Bergbau	300,00
Bank f. Thür.	——	Kahla Porzellan	313,00
Berl. Handelsges.	150,50	Kaliw. Aschersleben	167,75
Commerz-Diskonto-		Körbisd. Zucker-Akt.	——
bank	121,50	Kyffhäuserhütte	132,00
Darmstädter Bank	106,00	Lahmeyer & Co.	112,00
Dessauische Landes-		Lauchhammer	155,00
bank	110,50	Laurahütte	152,00
Deutsche Bank	114,75	Linke & Hofmann	267,00
Diskonto-Comm.	152,25	Ludwig Loewe & Co.	210,00
Dresdner Bank	128,25	Lothringer Hütte	152,00
Leipzig Credit-Anst.	129,50	Mannesmannröhren	178,00
Mitteld. Kreditbank	111,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	126 00
Mitteld. Privatbank	——	do. Caro Hag.	143,25
Nationalbank	——	do. Kokswerke	199,00
Oesterr. Kredit	106,00	Orenstein & Koppel	169,75
Reichsbank	148,84	Phönix Berg	183,00
		Rhein. Metall-Vorz.	——
Industrie-Aktien:		Rhein. Stahlwaren	136,25
		Riebeck. Montan	183,00
Schultheiss-Brauerei	243,00	Rombacher Hütten	155,00
Akt. f. Anilin	236,75	Rositzer Braunk.	116,00
Allgem. Elektr. Ges.	169,00	Rositzer Zucker	160,00
Ammendorfer Pa-		Sangerhäuser Masch.	259,50
pierfbk.	——	Hugo Schneider A.-G.	177,50
Anhalter Kohlenw.	165,00	Schuckert & Co.	116,00
Annaberger Steingut	201,00	Siemens & Halske	164,50
Badische Anilin	327,25	Stettiner Vulkan	154,50
Bergmann Elekt. Akt.	130,25	Stollberger Zinkh	126,00
Berl. Masch.-Bau	189,00	Strals. Spielkarten	240,00
Bismarckhütte	208,25	Thale-Eisenhütte	245,00
Bochumer Gußstahl	175,00	Triptis Porzellan	184,25
Chem.-Fabr. Buckau	——	Türk. Tabakregie	538,00
Chem. Griesheim	191,00	Ver. Köln-Rottweiler	179,50
Chem. Heyden	212,50	Ver Glanzstoff	561,00
Consolidation Schalk	236,00	Wegelin & Hübner	——
Gröllwitzer Papierfbk	185,00	Werschen-Weißenfelser Braunk.	——
Daimler Motoren	199,50		
Deutsche Luxemburg	150,84	Westeregeln Alkali	225,25
Deutsche Uebersee		Wittener Gußstahl	193,50
Elektr.	268,00	Wrede Mälzerei	135,00
Deutsche Erdöl	292,00	Zechau-Kriebitsch	
Deutsche Gasglühl.	387,00	Braunk.	——
Deutsche Kali	185,00	Zeitzer Masch.	396,00
Deutsche Waffen u.		Zellstoff Waldhof	169,00
Mun.	196,50	Otavi-Minen.	173,50
Donnersmarkhütte	195,00		

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190905011/fragment/page=0004